

## **Beschlussfassungen der Anträge**

### **Antrag 1**

Die Landesdelegiertenkonferenz der AG Schwusos (QueerSozis) Berlin möge beschließen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

### **Jede SPD-Fraktion braucht eine\_n queerpolitische\_n Sprecher\_in in der BVV**

Die SPD-Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen werden ersucht, eine\_n Ansprechpartner\_in für queere Belange zu benennen. Diese Ansprechpartner\_innen sollen Kontaktpersonen für Bürger\_innen, Vereine und Verbände, Projekte, bildungs-/jugendpolitische Träger, Kultureinrichtungen und Unternehmen werden. Den SPD-Kreisvorständen ist mitzuteilen, wer die jeweilige Ansprechperson ist.

Die QueerSozis verstehen sich als beratendes und unterstützendes Gremium für die beauftragten Ansprechpersonen.

#### **Begründung:**

In allen Bezirken gibt es queere Menschen. Queere Themen sind Querschnittsaufgaben, die einem einzelnen Ressort/Arbeitsbereich schwer zuzuordnen sind. Daraus resultiert für die queere Community das Problem, dass sie oft nicht weiß an wen sie sich mit ihren Anliegen auf der Bezirksebene wenden können.

In wenigen Bezirken wurden bereits Ansprechpartner\_innen für queere Themen benannt. Eine einheitliche Lösung für alle Bezirke ist sinnvoll.

*Ursprünglich eingebracht durch Kreisvorstand der AG Schwusos (QueerSozis) Mitte*

## **Antrag 2**

Die Landesdelegiertenkonferenz der AG Schwusos (QueerSozis) Berlin möge beschließen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

### **„Kommt in die Puschen!“**

Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos) wird aufgefordert, zu tagesaktuellen queerpolitischen Themen und Ereignissen wahrnehmbare Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Der Bundesvorstand der Schwusos hat dafür Sorge zu tragen, dass die Gliederungen der AG und ihre Mitglieder über aktuelle queerpolitische Themen wie Anträge im Bundestag, Aktionen des Parteivorstands u.ä. zeitnah informiert werden. Er stellt ihnen Argumente zur Verfügung, die die inhaltliche Auseinandersetzung vor Ort dazu ermöglichen und fördern.

Ein selbstbewusstes Auftreten der AG ist unabdingbar.

### **Begründung:**

Die Schwusos müssen als älteste und größte parteipolitische Interessenvertretung deutlicher in queeren Medien und der öffentlichen Diskussion wahrgenommen werden, um klar zu machen, dass wir den durch die Politik der Konservativen verursachten Stillstand nicht hinnehmen.

Wir dürfen uns auf dem bisher Erreichten nicht ausruhen!

*Ursprünglich eingebracht durch Kreisvorstand der AG Schwusos (QueerSozis) Mitte*

**Antrag 3:  
Initiativantrag**

Die Landesdelegiertenkonferenz der AG Schwusos (QueerSozis) Berlin möge beschließen:

Die Bundeskonferenz der AG Schwusos möge beschließen:

**Maßnahmen zu einer paritätischen Besetzung entwickeln**

Um eine auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\* und Inter\* (LSBTI) gleichermaßen gerichtete Mitgliederwerbung, die Einbindung unterschiedlicher Akteur\_innen in die aktive Arbeit der AG und eine bundesweit möglichst paritätische Besetzung der Schwuso-Landesvorstände zu erreichen, entwickelt der Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesvorständen individuelle Maßnahmen. Geschlechterzuordnungen, die nicht auf Frau und Mann hinauslaufen, sollen getrennt aufgelistet werden.

Der Bundesvorstand der Schwusos legt der Bundeskonferenz eine Liste der Quotierungen in den Landesvorständen vor.

**Begründung:**

Auch im Jahr 2014 hat ein nicht unerheblicher Teil der bundesweit bestehenden Schwusos-Strukturen noch immer Schwierigkeiten, gut quotierte Vorstände zu wählen und eine geschlechtergerechte aktive Einbindung von LSBTI zu erreichen.

Dieser Status Quo hat viele Gründe (Entstehungsgeschichte, Name der AG, Ehrenamtlichkeit des Engagements, Sitzungstermine, Erreichbarkeit der Sitzungsorte usw.), die in den unterschiedlichen Bundesländern unterschiedlich ausgeprägt sind. Deshalb bedarf es einer genauen und individuellen Analyse der Gegebenheiten vor Ort, um zu überlegen, wie die Schwusos in den einzelnen Landesverbänden attraktiv für alle Zielgruppen ihrer Politik werden können.

Der Bundesvorstand sollte ein großes Interesse daran haben, dass sich der Status Quo in absehbarer Zeit ändert und neue aktive LSBTI gewonnen werden können. Es sind daher die Beauftragten für einzelne Landesverbände aufgefordert, dieses Thema offensiv anzugehen und Good-Practice-Beispiele im Bundesvorstand zu sammeln und zu bündeln.